

014 K 018/23



AMTSGERICHT WESEL

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Montag, 22.04.2024 11:00 Uhr,
im Amtsgericht Wesel, Herzogenring 33, 2. Stock, Saal 220

das im Grundbuch von Wesel Blatt 7159 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Wesel, Flur 14, Flurstück 998, Gebäude- und Freifläche, Hugo-Becker-Straße 21, 263 qm groß

versteigert werden.

Nach dem Wertgutachten handelt es sich bei dem Versteigerungsobjekt um eine Doppelhaushälfte mit Garage, Baujahr 1984. Das Haus hat eine Wohnfläche von 120 m², die Garage hat eine Nutzfläche von 18 m². Das von der Eigentümern bewohnte Objekt konnte nicht von innen begutachtet werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.10.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 299.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Wesel, 28.02.2024